Basel und die Streiks der Wendejahre 1918/19 : der Landesstreik begann in der Burgvogtei

Autor(en): **Thiriet, Roger**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Akzent : Magazin für Kultur und Gesellschaft**

Band (Jahr): **- (2018)**

Heft 2: **Zeitenwende 1918/19 : die Region im Umbruch**

PDF erstellt am: **24.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-842734

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Färber!

In Folge des Färberstreiks in **Crefeld** sind von dort Delegierte in die Schweiz gekommen, um auch die hiesige Arbeiterschaft zum Streik zu überreden.

Den systematisch vorgehenden Aufhetzern ist es gelungen, unsere Arbeiter zur Niederlegung der Arbeit zu veranlassen.

In **Zürich** ist trotz vorhergegangener Ankündigung des Streikausbruches auf Donnerstag, der Streik nicht zur Durchführung gelangt.

In **Elberfeld** wurde die Arbeit am Montag wieder aufgenommen.

Wir fordern unsere Leute auf, Montag, den 26. Mai die Arbeit wieder aufzunehmen, ansonst wir das Arbeitsverhältnis zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern als gelöst betrachten.

Färbereien vorm. Jos. Schetty Söhne A.-G.
Färberei und Appreturgesellschaft vorm.
A. Clavel u. Fritz Lindenmeyer A.-G.
Färberei u. Appretur Schusterinsel G. m. b. H.

10007

Schon 1913 streikten die Färber in Basel. Die Arbeitgeber drohten daraufhin per Inserat mit der fristlosen Kündigung. ▸

© Schweizerisches Sozialarchiv, F_Fa-0010-008

Die Burgvogtei um 1910. Hier steht heute das Basler Volkshaus.

Der Landesstreik begann in der Burgvogtei

▲ An der Greifengasse im Kleinbasel erinnert ein Schild an die fünf Opfer des Basler Generalstreiks.

Ins Wendejahr 1918 fällt der Landesstreik und das Zeichen, das die Schweizer Arbeiterschaft damit gegen eine anmassende bürgerliche Politik setzte. Monate später eskalierte ein Basler Generalstreik wegen eines Schusswaffeneinsatzes des Militärs. Der Keim zu diesen Demonstrationen war am Ersten Allgemeinen Arbeiterkongress in Basel gelegt worden.

Von Roger Thiriet

Wenn es heutzutage am 1. August rund um den Claraplatz und die Kaserne klöpft und Pulverdampf in den Himmel steigt, dreht sich niemand um. Es ist klar: Da feiern Baslerinnen und Basler den Geburtstag der Schweiz. Im Jahr 1919 rührte die Knallerei am Nationalfeiertag in der Kleinbasler Altstadt jedoch nicht von Feuerwerk und Frauenfürzen her, sondern von Pistolen und Gewehren. Am Tag der Bundesfeier eskalierte der tags zuvor ausgerufene Basler Generalstreik in bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen zwischen Demonstrierenden und Soldaten. Diese waren von den Behörden zur Verstärkung der Polizei zu Hilfe gerufen worden.

Der Basler «Auguststreik»

Konkreter Auslöser der Unruhen war ein Arbeitskonflikt in der Basler Färberei-Industrie, der sich in diesem «heissen Sommer» 1919 zugespitzt hatte. Er war jedoch nur der Tropfen, der ein längst volles Fass zum Überlaufen brachte. Gegärt hatte es schon lange in grossen Teilen der werktätigen Bevölkerung, die massiv unter den Folgen des Ersten Weltkriegs zu leiden hatte. Lebensmittel waren knapp geworden, die Teuerung galoppierte, und das Wohnen wurde nahezu unerschwinglich – das traf viele Familienväter, die im Ersten Weltkrieg jahrelang für geringen Sold an der Grenze gestanden hatten und nach der Rückkehr ins Zivilleben aufgrund der grossen Arbeitslosigkeit stellenlos auf der Strasse standen. So mussten im Juli 1919 über 6000 Basler Haushaltungen notstandsmässig mit Kartoffeln, Brot, Milch und Brennmaterial zu stark verbilligten Preisen versorgt werden. Das konnte allerdings nicht verhindern, dass viele mangelernährte Menschen an Tuberkulose erkrankten oder entkräftet der damals weltweit grassierenden «Spanischen Grippe» zum Opfer fielen. In dieser prekären Situation hatten die Gewerkschaften grossen Zulauf und zusammen mit der ebenfalls erstarkten Sozialdemokratischen Partei forderten sie von Politik und Arbeitgebern vehement eine Verbesserung ihrer Lebensumstände. Damit stiessen sie aber auf weitgehend taube Ohren. Unter anderem auch bei einem Schiedsgericht, das die Regierung zur Schlichtung des Arbeitskonflikts in der Farbenindustrie eingesetzt hatte. Dessen Vermittlungsvorschlag wiesen die Färbereiarbeiter als ungenügend ab, worauf am 31. Juli 1919 der Generalstreik für ganz Basel ausgerufen wurde.

Blutvergiessen bei der Burgvogtei

Der nachmalige Basler Nationalrat Hermann Leuenberger war damals knapp 18 Jahre alt und Mitglied der Ortsgruppe Riehen der Freien Sozialistischen Jugend. Aus Anlass des 50. Jahrestags des Basler Generalstreiks erinnerte er sich in einem Beitrag für das «Basler Stadtbuch 1969» der Christoph Merian Stiftung an die dramatischen Ereignisse jener Tage. «Am 1. August und auch an den folgenden Tagen kam es wiederholt zu Blutvergiessen. Am Claraplatz und vor der alten Burgvogtei an der Oberen Rebgasse hatte sich ein Menschenauflauf gebildet. Diesem näherte sich ein mit Soldaten besetzter Militärcamion. Als ein Stein gegen ihn geflogen kam, machte er kehrt und man holte von der Kaserne Verstärkung heran.» Leuenberger zitiert dazu im damaligen sozialdemokratischen Regierungsrat Fritz Hauser einen weiteren Augenzeugen: «Das Auto fuhr in scharfem Tempo weiter, und ohne Kommando – ich werde das vor jeder Instanz bezeugen – wurden sofort Schüsse gegen uns

Innenhof des Basler Volkshauses

– ich befand mich zusammengedrängt mit anderen – abgegeben. Das zweite Automobil, das folgte, und das nicht mehr belästigt wurde, weil das nicht denkbar war, schoss weiter.» Leuenberger ergänzte die Schilderung mit dem Hinweis, dass die Schiesserei an der Oberen Rebgasse weiterging und «als wir den niedergeschossenen Arbeiter in die Kaserne tragen wollten, erfolgte vor dem geschlossenen Kasernentor erneut ohne Warnung eine Gewehrsalve gegen die Demonstranten, und wieder gab es Verwundete». Der brutale Einsatz des Militärs gegen die Zivilbevölkerung sollte schliesslich fünf Todesopfer und mehrere Dutzend Verletzte fordern. Nachdem die Arbeiterschaft vereinzelt schon am 5. August die Arbeit wieder aufgenommen hatte, erklärten die Streikführer am 7. August 1919 den Ausstand desillusioniert für beendet, ohne dass Politiker und Arbeitgeber auch nur auf eine einzige ihrer Forderungen eingegangen sind.

Der schweizerische Landesstreik

Die obrigkeitliche Provokation eines militärischen Einsatzes gegen die eigene Zivilbevölkerung, wie sie die Stadt Basel im August 1919 erlebte, kam alles andere als aus heiterem Himmel. Vielmehr handelte es sich um eine Art «Nachbeben» des grossen Landesstreiks, der ein paar Monate zuvor die Schweiz erschüttert hatte. Diesem lag weit mehr zu Grunde als lediglich ein Konflikt zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern; er war vielmehr der Höhepunkt der heftigen sozialen Unruhen, die gegen Ende des Ersten Weltkriegs wie in vielen Ländern Europas auch in der Schweiz ausgebrochen waren. Viele Unternehmer hatten in den Kriegsjahren grosse Gewinne gemacht, an denen sie die Arbeiterschaft in keiner Weise beteiligten. Umso stärker litt diese unter den Folgen des Kriegs und der dadurch verursachten verbreiteten Armut. Für ihre Organisationen war damit der Zeitpunkt gekommen, die soziale Besserstellung ihrer Klientel auch politisch einzufordern.

Die Forderung hiess: Milchpreis senken

Im Sommer 1918 rief der sozialdemokratische Nationalrat Robert Grimm das Oltener Aktionskomitee (OAK) ins Leben, in welchem er eine neue Generation von Gewerkschafts- und Parteifunktionären aus allen Gremien zu einer schlagkräftigen Organisation zusammenfasste. Nachdem die meisten seiner Forderungen an den damals rein bürgerlich zusammengesetzten Bundesrat – zentral war jene nach einer Senkung des Milchpreises – unerfüllt blieben, kam es zu ersten Unruhen und lokalen Streiks wie demjenigen der Zürcher Bankangestellten Ende September 1918. Darin sahen die etablierte Politik und die alarmierte Armeeführung Anzeichen eines Arbeiteraufstands nach dem Vorbild der Russischen Revolution von 1917. Kurz vor der Demobilisierung der Armee liessen sie am 7. November 1918 präventiv Truppen in Zürich einmarschieren. Diese Machtdemonstration führte zu einer Eskalation, die am 10. November in einer Auseinandersetzung zwischen Demonstranten und Militär gipfelten. Daraufhin solidarisierte sich auch Grimms Aktionskomitee mit den Zürchern und rief für Donnerstag, 12. November einen unbefristeten Generalstreik aus. Es verband damit neun Forderungen, unter anderem die sofortige Neuwahl des Nationalrats nach dem Proporzwahlrecht, das auch den bisher markant untervertretenen Sozialdemokraten mehr Einfluss im Parlament gebracht hätte, die Einführung des Frauenstimmrechts und der 48-Stunden-Woche, eine Armeereform, die Sicherung der Lebensmittelversorgung, eine Alters- und Invalidenversicherung sowie den Abbau der Staatsverschuldung durch die vermögenden Bevölkerungsschichten.

Der Streik, in den daraufhin in der ganzen Schweiz gegen eine Viertelmillion Beschäftigte trat, verlief weitgehend ruhig, nicht zuletzt auch, weil die Streikführer flankierende Massnahmen wie ein Alkoholverbot verordnet hatten. Da und dort geriet die Lage dennoch ausser Kontrolle, in der Regel nachdem die Behörden Militär hatten aufmarschieren lassen. So wurden in Grenchen am 14. November drei Streikende erschossen. In Basel verlief der 1918er-Streik, im Gegensatz zum «Auguststreik» im darauffolgenden Sommer, geordnet und ohne grössere Zwischenfälle. Dies auch deshalb, weil in der Kantonsregierung mit Fritz Hauser und Eugen Wullschleger schon damals zwei sozialdemokratische Regierungsräte sassen, die zusammen mit dem parteilosen Fritz Mangold den bürgerlichen Magistraten und ihren Einflüsterern vom rechtsbürgerlichen «Nationalen Block» einigermassen die Stirn bieten konnten. Zusammen mit einer moderaten Streikführung trugen sie zum geordneten Verlauf des Streiks ihr Möglichstes bei.

Der Basler Arbeiterkongress

Die Idee zu dieser landesweiten Arbeitsniederlegung entstand im Übrigen am gleichen Ort, an dem ein Jahr später der Basler Auguststreik seine Todesopfer fordern sollte: am Basler Claraplatz. Oder genauer: in der Alten Burgvogtei an der Rebgasse, wo heute das Volkshaus steht. 330 Delegierte der schweizerischen Arbeiterschaft trafen sich dort am 27. und 28. Juli 1918 zum Ersten Allgemeinen Arbeiterkongress. Er war eine Schweizer Première, denn noch nie zuvor hatten Vertreter der Gewerkschaftsverbände und der Sozialdemokratischen Partei gemeinsam getagt und Beschlüsse gefasst. Auslöser für diesen Schulterschluss war der Bundesratsbeschluss vom 12. Juli 1918, der den Kantonen zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung auch den Einsatz der Armee erlaubte. Der Kongress sollte die Antwort der schweizerischen Arbeiterschaft auf diese Unterdrückung der Meinungs- und Demonstrationsfreiheit formulieren. Nach hitzigen Diskussionen entschied sich die Versammlung grossmehrheitlich gegen neuerliche Verhandlungen mit der Landesregierung und verabschiedete einen an den Bundesrat gerichteten Forderungskatalog mit elf Punkten. Dieser verlangte unter anderem die Aufhebung des Bundesratsbeschlusses vom 12. Juli 1918, die Errichtung eines eidgenössischen Ernährungsamtes unter Einbezug der Arbeiterschaft, bessere Rationierung und Verteilung der Lebensmittel in Berücksichtigung der besonderen Ernährungsschwierigkeiten der arbeitenden Bevölkerung, die Errichtung von paritätischen Lohnämtern mit der Befugnis, die Löhne wichtiger Industrien und Gewerbe regional oder kantonal zu ordnen, eine Reduktion der Arbeitszeit unter Berücksichtigung der durch die Ernährungsschwierigkeiten erfolgten Verminderung der körperlichen Leistungsfähigkeit, die Förderung des kommunalen oder genossenschaftlichen Wohnungsbaus, die Einführung des Achtstundentags in den eidgenössischen Betrieben sowie die Ausrichtung einer Nachteuerungszulage und Vorschussgewährung an das Bundespersonal. Die Adressaten traten auf die meisten Postulate nicht ein und retteten sich lediglich durch Teilzugeständnisse im letzten Punkt vor der Ausrufung des Generalstreiks bereits unmittelbar nach dem Basler Kongress. Vier Monate später und nach neuerlichen Provokationen von Wirtschaft und «classe politique» war dieser aber nicht mehr abzuwenden.

Erste Schritte auf dem Weg zur Gleichstellung

Zwar war auch der Erfolg des Landesstreiks fürs Erste bescheiden. Von den neun Forderungen, welche das OAK bei dessen Ausrufung proklamiert hatte, wurde nur gerade die nach einer Neuwahl des Nationalrats nach dem Proporzwahlrecht umgehend erfüllt; dies schon deshalb, weil diese Systemänderung in einer Volksabstimmung bereits einen Monat vor dem Streik an der Urne gutgeheissen worden war. Andere Anliegen mussten warten: Bis zur Einführung der ebenfalls geforderten Alters- und Invalidenversicherung anno 1948 sollte es noch dreissig Jahre dauern, und das allgemeine Frauenstimm- und -wahlrecht in eidgenössischen Belangen wurde gar erst 1971 Tatsache. Dennoch: Der Aufstand der Arbeiterschaft, die gemeinsame Mobilisierung der Gewerkschaften und der Sozialdemokraten, die punktuellen und generellen Streiks der Jahre 1918/19 hatten den Wandel eingeleitet. Reiche und Mächtige mussten Macht abgeben; Arbeiterinnen, Arbeiter und Arme machten erste erfolgreiche Schritte auf dem langen Weg zu Gleichstellung und sozialer Gerechtigkeit. Es waren Wendejahre, entscheidend mitgestaltet von und in Basel. ■

Quellen

Erinnerungen an den Basler Generalstreik 1919, Hermann Leuenberger, Stadtbuch 1969, Christoph Merian Stiftung
Aus den Protokollen des Basler Regierungsrats zum Landesstreik 1918, Fritz Grieder, Stadtbuch 1969, Christoph Merian Stiftung
Landesstreik, Historisches Lexikon der Schweiz, Autor: Bernard Degen
Der Schweiz. Arbeiterkongress in Basel vom 27./28. Juli, aus: Die Vorkämpferin, Heft 9, Band 13, Jg. 1918